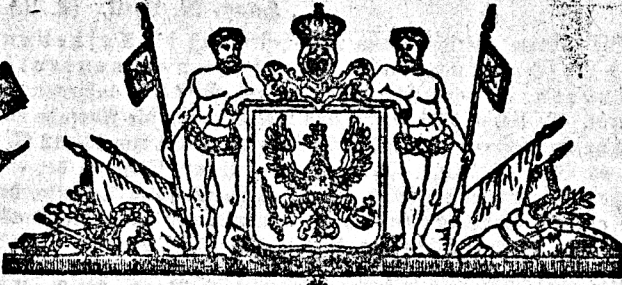


Volkszeitung



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Volkszeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, literarische Umschau, wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3.95 Mark, vierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): E. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11890, 11 801, 11802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Vordem Generalstreik in Schlessien

Drahtmeldung der „Volkszeitung“.

* Breslau, 26. April.

Die Streikbewegung in Oberschlesien hat sich außerordentlich verschärft. In Gleiwitz und Umgebung ist der Generalstreik ausgebrochen. Die Geschäfte und Schulen sind geschlossen. Es verlautet, daß der Generalstreik im ganzen ober-schlesischen Industriebezirk proklamiert werden soll. Die Arbeiter, besonders die der Gruben, stellen entschiedene Forderungen. Die ober-schlesischen Elektrizitätswerke in Zabrze, Hindenburg und Chorzow, die den bedeutendsten Teil des Industriebezirks mit Kraft versorgen, haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Infolgedessen ist ganz Oberschlesien ohne Licht. Der Straßenbahnverkehr ist vollkommen eingestellt. In Rattowitz ist das Wasserwerk nicht mehr in Tätigkeit. Ebenso haben sich die Eisenbahnwerkstätten in Gleiwitz dem Streik angeschlossen. Als Grund des Generalstreiks sind die gestrigen Unruhen in Gleiwitz anzusehen, wo das Militär von der Schußwaffe Gebrauch machte. Die gesamte Gleiwitzer Hüttenindustrie hat ihre Betriebe eingestellt, so die Hüttenwerke, die Gleiwitzer Chamottefabrik, die Oberschlesischen Drahtwerke und die Weierischen Kesselwerke. Auf der Gleiwitzer konsolidierten Grube wird noch gearbeitet. Auch die ober-schlesische Tabakindustrie steht, wie aus Oppeln gemeldet wird, vor der Stilllegung. So haben die bekannten Fabriken von August Peter in Oppeln bereits heute ihren Betrieb geschlossen. Ähnlich wie in der Vereinigten Königs- und Laurahütte liegt die Hauptursache der Betriebseinstellung in dem Mangel an Rohstoffen, wozu nun noch die Forderungen der Arbeiter kommen, durch welche nicht nur die Rentabilität der Werke ausgeschlossen wird, sondern eine fortwährende Inanspruchnahme der Reserven notwendig geworden war.

Besonders stark ist die Streikbewegung auch unter den Bahnarbeitern. Sämtliche Bahnarbeiter, Güterbodenarbeiter und Straßenarbeiter von Gleiwitz streikten. Im Auslande sind nicht nur die Eisenbahnhauptwerkstätten in Gleiwitz, sondern auch das Betriebsamt, die Arbeiter der Güterabfertigung, die Kohlenlager, das gesamte Personal des Betriebsbahnhofs, die Rangierer und die Angestellten des Güterbahnhofs. Durch den Streik der Eisenbahner ist fast der gesamte Güterverkehr lahmgelegt, da der Bahnhof Gleiwitz der Zentralpunkt für Güterzüge ist. Wie berichtet wird, ist auch der Personenzugverkehr, der sich vorläufig noch regelmäßig abwickelt, stark bedroht. Die Beamten der Personenzüge wollen sich gleichfalls dem Generalstreik anschließen, falls die unten genannten Forderungen der Streikenden von dem Staatskommissar für Oberschlesien erfüllt werden. Der Hauptpunkt der Eisenbahnerforderungen ist die Forderung auf Bezahlung der Streiklohn. Ueber diesen Punkt wird am heutigen Abend bei der Eisenbahndirektion in Rattowitz verhandelt. Heute Abend finden zwei große Versammlungen der Eisenbahner statt. Wenn diese sich dem Streik anschließen, würde der gesamte Zugverkehr im ober-schlesischen Industriebezirk eingestellt werden müssen.

Heute vormittag begab sich eine Arbeiterdeputation aus Gleiwitz zum Staatskommissar von Oberschlesien und stellte verschiedene Forderungen, besonders die Zurückziehung der Truppen. Diese Forderung wurde nur soweit gewährt, als es sich nicht um den regulären Grenzschutz handelt, der für die Sicherheit der Bevölkerung als unbedingt notwendig erachtet wird. Daraufhin haben am heutigen Nachmittag um 5 Uhr mit Staatskommissar Hörsing neue Verhandlungen begonnen. Es wurden folgende sieben Forderungen von den Streikenden formuliert:

1. Sofortige Auflösung der Freiwilligenverbände; 2. sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in ganz Oberschlesien; 3. Bezahlung der Kasernen für Wohnzwecke; 4. sofortige Freigabe der zu amtlichen Zwecken benutzten Wohnhäuser; 5. sofortige Freilassung der auf Grund der Unruhen Verhafteten; 6. Zahlung des Lohnes für Streik und Festersparnisse; 7. die Arbeit der gesamten Betriebe in Gleiwitz ruht, bis diese Forderungen erfüllt sind.

Der Staatskommissar für Oberschlesien hat den Arbeitern Zugeständnisse gemacht, die im wesentlichen folgendes enthalten: 1. Den Mitgliedern des Freiwilligenkorps sowie den sonstigen Soldaten werden vom 1. Mai ab von den Industrieunternehmern keine Gehälter mehr gezahlt. Es steht den zum Grenzschutz berufenen Arbeitern jedoch frei, sich bis zum 1. Mai wieder zum Einmarsch in die Fabriken zu melden. 2. Der gestern verhängte verschärfte Belagerungszustand über Gleiwitz wird wieder aufgehoben; es bleibt der bisherige Belagerungszustand. 3. Die gewerkschaftlichen Organisationen übernehmen die Garantie für die Sicherheit der Werke, dagegen werden die Militärposten von den Werken zurückgezogen. 4. Von dem Staatskommissar wird eine fünfgleibrige Untersuchungskommission eingesetzt. Das Ergebnis ihrer Arbeit ist öffentlich bekanntzugeben.

Wie heute Abend aus Gleiwitz gemeldet wird, herrscht in den Straßen nunmehr Ruhe. Die Arbeiter befinden sich in den Betrieben, arbeiten jedoch nicht, sondern üben passive Resistenz aus. Zu Schießereien ist es während des heutigen Tages nicht gekommen.

Auch aus Niederschlesien kommen schlechte Nachrichten. Auf der Cölar-Grube in Reußendorf und auf der Walschgrube in Dittersbach ist die Bergarbeiterchaft in den Streik getreten.

Grund zum Ausbruch ist wieder Lebensmittelmangel. Die Streikenden verlangen, mit den Industriearbeitern in Breslau gleichgestellt zu werden. Der Legierarbeiterstreik bei der Firma Meißner u. Frahm in Waldenburg ist heute nach zweiwöchiger Dauer beendet worden. Die Arbeiter haben die Forderung auf Entlassung des Direktors fallen lassen.

Paris erwartet eine Volksabstimmung.

„Annahme nicht ausgeschlossen.“

Paris, 26. April.

Der „Diplomatische Situationsbericht“ meldet: „An der Abfassung der Vorbedingungen wird eifrig gearbeitet. Die aus Deutschland zurückgekehrte unterrichtete Persönlichkeiten sagen, dürften die Bedingungen von den deutschen Vertretern zuerst an die Regierung weitergeleitet werden, die sie ihrerseits der Nationalversammlung vorlegen wird. Diese wird voraussichtlich die Verantwortung für die Unterzeichnung oder für die Ablehnung nicht auf sich nehmen wollen, sondern dem deutschen Volke Gelegenheit geben, sich durch eine Volksabstimmung auszusprechen. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung zu Gunsten der Annahme der Bedingungen ausfällt. Diese Formalität wird indessen rasch erfolgen, spätestens 14 Tage nach Mitteilung des Wortlautes an die Deutschen.“

* Stuttgart, 26. April.

In einem Aufsatz „Der blockierte Friede“ schreibt Konrad Haußmann in „Beobachter“: Die Politik Deutschlands war in den letzten Monaten von einer Passivität, die zeitweise den Eindruck der Programmlosigkeit gemacht hat. Es ist im höchsten Grade zu wünschen, daß dieser Eindruck in dem jetzt beginnenden Abschnitt nicht zunimmt, sondern abnimmt. Dem wird es dienen, wenn Deutschland auf die Friedensvorschläge, die die Entente aufzulegen will, mit einem eigenen Vorschlag zum Friedensvertrag und zum Völkerbund Stellung nimmt. Dies ist aus inneren und äußeren Gründen zweckmäßig und notwendig. Die Reichsregierung wird die Friedensvorschläge der Entente und ihre eigenen Vorschläge dem Ausschuss der Nationalversammlung vorlegen. Dieser Ausschuss wird der Nationalversammlung berichten, die ihrerseits den Friedensvertrag der Volksabstimmung zu unterbreiten, die demokratische Meinung haben wird, und zwar um so mehr, je härter er ist. In Betracht wird kommen, daß ein Friede stark die bolschewistische Strömung abschwächen wird, wenn er dem Selbsterhaltungstrieb Deutschlands gerecht wird und die Lebensmittel verbilligt. Andererseits würde eine von Regierung und Nationalversammlung beschlossene Annahme eines Auslieferungsfriedens, der Deutschlands Nationalbestand mittelbar oder unmittelbar bedroht, die Stimmung des Volkes in die nihilistische Bahn drängen. Ob die Entente dahin drängt, wird sich unter anderem daraus entnehmen lassen, ob sie die Lebensmittelpolitik abschneidet oder offen läßt. Im ersten Falle wäre erwiesen, daß sie Deutschland den Rest der Entschließungsfreiheit rauben will, denn die Auflage des Weiterhungerns während der Friedensverhandlungen wäre bewusste Erpressung.

Die französischen Sozialisten für einen Rechtsfrieden.

Dem Nationalkongress der sozialistischen Partei Frankreichs, der vom 20. bis zum 22. April in Paris tagte, lag der ausführliche Entwurf eines Wahlprogramms vor, den im Auftrage des vorhergegangenen Parteitag in einer Kommission u. a. Albert Thomas, Marcel Cachin, Rajont, Jean Longuet, Mistral, Pressimane, Renaudel und Sembat ausgearbeitet hatten. Das Wahlprogramm behandelt u. a. den Aufbau der internationalen Gemeinschaft und den Frieden und sagt davon im Anschluß an ein auch von der Gruppe Longuet, Mistral, Pressimane unterzeichnetes Bekenntnis zur Landesverteidigung das folgende:

„Ueberzeugt, daß die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit der Nationen für die internationale Organisation notwendig sind, hat die sozialistische Partei ihre ganze Kraft für die Verteidigung des Landes hergegeben. Aber der Sinn ihrer Anstrengung war der, daß sie zum Vorfrieden zu einem gerechten und dauerhaften Frieden führen sollte. Sie hatte von Anfang an die Grundzüge aufgestellt, auf denen ein solcher beruhen sollte, Grundzüge, die Präsident Wilson seinerseits formuliert hat. Sie widersteht sich allen Friedensbedingungen, die die hilflosen Formen eines unmäßigen Nationalismus im Gegensatz zu dem wirklichen nationalen Empfinden bringen müssen, die einen Wirrwarr imperialistischer Ehrgeizes entfesseln und darauf hinauslaufen würden, in allen Ländern die Kraftanstrengung und die Revanchebilder der Reaktion anzufeuern. Sie behauptet, daß es in mancher Phase der Verhandlungen den Anschein haben konnte, als hätte der Friede in der Regierung Frankreichs einen offenen oder geheimen Gegner. Sie beklagt, daß diese Regierung nicht in vollem Maße der Öffentlichkeit die Ziele und Vorschläge des Präsidenten Wilson unterstützt hat. Die sozialistische Partei wird mit all ihrer Energie dafür kämpfen, daß die Friedensbedingungen und der Friede selbst in der neu aufzubauenden Welt keine neuen Möglichkeiten des Risikos bestehen oder entstehen lassen.“

Die Siegeshymne der Arbeit.

Von
Eise Eibers.

In der Zeit der Wirren und Bedrängnis, in der wir verurteilt sind zu leben, flüchtet man wohl oft zu den stillsten und treuesten Freunden, den Büchern. Und die Bücher sind uns die liebsten Gefährten, die uns weit ab führen von den Gedanken an Krieg, Revolution, Hungerblockade, Gemaltes. So suchte auch ich in den stillen Ostertagen Erfrischung bei dem lieben, schönen Sagen Franz, den uns Selma Lagerlöf im „Gösta Berling“ gewannen. Über der Gedante an Deutschlands Not geht doch ständig mit uns, — und plötzlich schien mir, als wäre in den Erzählungen aus dem alten Bergland ein Stück von Deutschlands Niedergang in allegorischer Form enthalten. Es ist das Lied vom Niedergang einer reichen, fruchtbaren Gegend, sobald dort nicht gearbeitet wird, — und es ist das Lied von der Erlösung der Gegend und der Menschen durch die Arbeit!

Im Buch der Lagerlöf ist die schaffensfreudige Herrin von Eby, die der ganzen Gegend Ordnung, Arbeit und gesichertes Einkommen gab, von ihrem Gut vertrieben worden. Sie tritt als Bettlerin durchs Land, während die liebeswütigen, aber ach so leichtsinnigen Kavaliere, unter ihnen Gösta Berling, die Herrschaft behalten. Sie lassen alles verkommen. Das Korn wird zu Brandmalz gebrannt, statt in der Mühle zur menschlichen Nahrung bereitet zu werden. Die Schmelze ist verfallen; es kann das Eisen, auf das andere Gegendern schmerzhaft warten, nicht mehr geliefert werden. Not, Hunger, sittliche Verkommenheit stellen sich ein. Ergreifend schildert Selma Lagerlöf in dem Kapitel „Die Dürre“ dies Verkommen der Menschen und der Natur: „Wenn Unfriede und Haß auf Erden herrschen, müssen auch die toten Dinge viel leiden. Da wird die Welle wild und rauschig wie ein Wogelagerer, da wird das Feld geizig wie ein Geizhals. Über wehe dem, um dessen willen der Wald seigt und die Berge weinen.“

Anfang Oktober 1918, als wir uns bereits auf einen schimmern Ausgang des Krieges gefaßt machen mußten, schrieb einmal der „Vorwärts“ ungefähr folgendes: „Mag der Friede ausfallen, wie er will, — unser Hirn und unsere Muskeln können sie uns nicht nehmen.“ Ach, aber jetzt scheint es, als haben uns der Krieg, die Revolution und die Hungerblockade selbst dies, unser letztes Gut, genommen! Die Muskeln, d. h. die körperliche Arbeitskraft, sind erschaffen; die Hirne sind unerschaffen. Während jeder eigenmächtigen Verständige die Wahrheit des Wortes anerkennen muß: „Nur die Arbeit kann uns retten“, wird weniger als je gearbeitet, werden unsere letzten wirtschaftlichen Güter durch frivole Streits dergewendet und veran. Die Arbeiter und die Angestellten kämpfen nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um das Mitbestimmungsrecht. Aber sind sich all die Streikenden wohl auch bewußt, daß dies Mitbestimmungsrecht eine schwere Pflicht in sich schließt? Sie alle, die durch Streiks um das Mitbestimmungsrecht unser Vaterland in seiner Existenz noch mehr geschädigt haben, als es schon geschädigt ist, sind nun mit der Verantwortung beladen, durch ihr Mitbestimmungsrecht an der Steigerung der Produktion mitzuwirken. Nur so können sie die sittliche Rechtfertigung für den Streik nachträglich gewinnen.

Im „Gösta Berling“ kommt die Rettung für das durch Nichts zum bedrohte Eby durch eine Frau. Die holde Gräfin Elisabeth führt nicht nur ihren Gatten, Gösta Berling, sondern auch die übrigen Kavaliere zur Pflichterfüllung, zur Arbeit, zur Arbeit. Die Mühle und die Schmelze, die Mehl und Eisen geben, werden wieder in Gang gesetzt. Ist es nicht wie ein Sinnbild für Deutschland, daß Landwirtschaft und Industrie ihre Schuldigkeit tun müssen, um uns zu retten? Und ist es nicht eine Mahnung an Deutschlands Frauen, auf die Männer zu wirken, daß ihre Muskeln wieder stark zur Arbeit werden, daß ihre Hirne wieder klar werden müssen, um das zu erkennen und das zu tun, was die Not der Zeit von uns allen verlangt?

Die deutschen Frauen haben während der Kriegszeit ungeheuer angepannt arbeiten müssen, und sie haben sparen lernen müssen, da der Mangel an Rohstoffen jedem Haushalt die sorgsamste Verwendung aller Materialien zur Pflicht machte. Arbeit und Sparsamkeit ist das, was wir jetzt gebrauchen, um wieder hoch zu kommen. In der Etappe und in den Garnisonen ist aber vielfach recht wenig gearbeitet und obwohl nicht gesparrt worden! Wir wollen nicht anlagen und auch nicht verallgemeinern, aber die Tatsache ist doch unleugbar, daß viele Männer durch den jahrelangen Heeresdienst von der regelmäßigen Arbeit entzweit sind, und daß mit dem Heeresgut sehr viel unachtsamer umgegangen worden ist, als der einzelne mit seinem Privatgut umgehen würde. Hier müßte das Beispiel der Frauen, die im Gegenteil durch die Kriegszeit zu erhöhtem Fleiß und erhöhter Sparsamkeit gezwungen worden sind, erziehllich wirken.

In der deutschen Nationalversammlung haben sich erfreulicher Weise vor einiger Zeit die weiblichen Abgeordneten aller Parteien